



Gegen die herrschende Bildungspolitik!

Es regt sich, nach einem knappen halben Jahrzehnt Friedhofsruhe wieder etwas an den Hoch-

schulen. Nach der katastrophalen Niederlage des Unistreiks von 1997 gab es an verschiedenen Hochschulen Vollversammlungen und Protestaktionen. An vielen Unis in Nordrhein-Westfalen und einzelnen in Rheinland-Pfalz und Hessen wird gestreikt.

Ein Ausgangspunkt der ganzen Sache auf Bundesebene stellt die sechste Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom April 2002 dar. Diese enthält erstmals auf Bundesebene eine Abkehr von der Gebührenfreiheit des Studiums. Zwar stellen SPD und Grüne den Sachverhalt so dar, dass ein Erststudium bis hin zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss gebührenfrei bleibt. In jedem Fall können nun Gebühren bei Überziehung der Regelstudienzeit erhoben werden, auch Studienkontenmodelle, welche auch nur eine Verschleierung von Studiengebühren darstellen, werden legal, dazu kommen die verschiedenen Zusätze in Form von Verwaltungs- oder Bearbeitungsgebühren. Weiterhin erfahren die Landeshochschulgesetze, welche schon dementsprechende Regelungen enthalten, durch die HRG-Novelle eine höhere Weihe. Heutzutage schafft es kaum einE StudierendeR mehr, in der Regelstudienzeit fertig zu werden, darüber hinaus stellt die jetzige Regelung den Türöffner für verallgemeinerte Studiengebühren dar. Da zeigt sich, was das Wahlkampfversprechen "keine Studiengebühren" von SPD und Grünen von 1998 wert war.

Die konkrete Umsetzung dieser Regelungen in den einzelnen Bundesländern lässt zunächst die dortigen Kultusbürokratien und Landesregierungen als Hauptgegner erscheinen. Allerdings ist voraussehbar, dass die Angriffe vom "rotrotten" Berlin zu dem von einem Rechtsblock regierten Hamburg letztendlich auf das Gleiche herauslaufen werden und ein gemeinsamer, bundesweiter Kampf notwendig wird. Begleitet werden die Einführung von Studiengebühren von "Öffnungen" der Landeshochschulgesetze, das bisherige organisatorische Gefüge der Unis im neoliberalen Sinne umzukrempeln.

Die Möglichkeit der Umwandlung von Hochschulen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in privatrechtliche Stiftungen stellen einen großen ersten Schritt zu einer allgemeinen Privatisierung und somit zur Schließung "unpro-

duktiver" Institute und Hochschul-"Standorte" dar. Speziell in Zeiten, wo Hochschulen nicht ausgebaut werden, sondern im besten Falle bei steigenden Studierendenzahlen der bisherige Finanzierungsstand beibehalten und euphemistisch Drittmittel genannte Zahlungen aus der Wirtschaft für die Unis immer wichtiger werden, wird dies noch zu einem zusätzlichen Schub direkter kapitalistischer Einflussnahme z.B. auf Lehrinhalte führen. Damit einher gehend werden die ohnehin schon geringen Mitspracherechte von Studierenden in der Universität sowie die Befugnisse der StudentInnenvertretungen weiter eingeschränkt werden.

Hochschuldeform für das Kapital!

Diese "Reformen" führen dazu, dass immer weniger in dieser (kapitalistischen) Gesellschaft ohnehin materiell benachteiligte oder diskriminierte Menschen studieren können: z.B. Kinder aus ArbeiterInnenfamilien, Frauen, Studierende ohne deutsche Staatsangehörigkeit, mit Behinderungen oder ohne gymnasiales Abitur. Auch wird sich der inhaltliche Charakter eines Studiums verändern. Der heute weitgehend von emanzipatorischen Potentialen freie Wissenschaftsbetrieb wird noch weiter zu einer Fabrik verkommen, in welcher unkritische StaatsbürgerInnen und Arbeitskräfte sowie im Sinne der Realisierung von Profiten nützliche Forschungsergebnisse produziert werden. Gebührenfrei wird nur noch ein Schmalspur-Studium bis hin zum Bachelor (B.A.) sein, ein darauf aufbauendes, wissenschaftliches Studium wird einige hundert Euro pro Semester kosten. Bildung und Wissenschaft werden vollends zu Waren werden – zu Waren, welche qualitativ schlecht und für einen großen Teil der Bevölkerung nicht mehr erschwinglich sind.

Widerstand statt Anpassung!

Um uns gegen diese Angriffe von Staat und Kapital zu wehren, ist es zunächst sinnvoll, zu demonstrieren und zu streiken. Dabei sollte mensch es aber vermeiden, die gleichen Fehler wie die Studierenden während des Streiks 1997 zu machen. So muss mensch erkennen, dass sogenannte BildungsexpertInnen aus bürgerlichen Parteien, KapitalistInnenverbänden und Medien es nur in Sonntagsreden gut mit uns meinen, in aller Regel aber nicht an unserem Wohlergehen sondern an der Durchsetzung der genannten neoliberalen "Bildungsreformen"

interessiert sind. Unsere Verbündeten finden sich nicht auf der Seite der Mächtigen, sondern unter denjenigen, welche ebenfalls in Kämpfe mit diesem Staat verwickelt sind: zum Beispiel unter GewerkschafterInnen, Arbeitsloseninitiativen, antirassistischen Gruppen oder in der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung.

Auch müssen wir unserem Kampf organisieren und eine Perspektive geben. Dabei reicht es nicht aus, nur hin und wieder auf die Straße zu gehen oder für einige Zeit dem Vorlesungsbetrieb fern zu bleiben. Wir müssen einen langen Atem haben und vor allem den Kampf kontinuierlich dort führen, wo dessen Zentrum ist, nämlich an den Unis. Diese sollten in der Zeit eines Streiks besetzt werden und zu einem alternativen Lern- und Widerstandsort (nicht nur für Studierende) umfunktioniert werden. Darüber hinaus wird uns niemand vertreten, wenn wir es nicht selber tun. Dafür ist es sinnvoll, sich nicht auf die AStEn und den FZS zu verlassen sondern Basisgruppen und Versammlungen an den Fachbereichen aufzubauen, diese auf universitärer, regionaler und bundesweiter Ebene zu vernetzen, um unseren Kampf und unsere ge-

meinsamen Forderungen untereinander demokratisch zu koordinieren.

Schließlich ist es wichtig zu sagen, dass es mit mehr Geld nicht getan ist. Wir wollen eine andere Hochschule – eine Hochschule, wo jedeR darüber mitbestimmen kann, was und wofür gelernt wird, wo Bildung und Wissenschaft keine Waren mehr sind. Dafür wird es aber eine revolutionäre Umwälzung dieser Gesellschaft nötig sein – einer Überwindung des Kapitalismus und die Erkämpfung einer sozialistischen Welt.

Kämpfen und streiken wir daher gemeinsam für unsere Ziele:

- **Keine Studiengebühren sondern freier Zugang zu Bildung und Wissenschaft für alle!**
- **Weg mit dem HRG!**
- **Gegen jegliche Privatisierung von Hochschulen – für eine Uni die denjenigen gehört, welche dort lernen, forschen, arbeiten und leben – nehmen wir uns die Uni!**



Wer wir sind und was wir wollen:

Der **Revolutionär Sozialistische Bund** ist Teil der von Leo Trotzki und anderen revolutionären MarxistInnen 1938 gegründeten IV. Internationale. Diese ist in über 50 Ländern aktiv und hält die grundlegenden Probleme der Welt im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete internationale sozialistische Rätedemokratie an, welche die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb tritt der RSB aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen des Proletariats ein. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus und jede Form von Diskriminierung und kämpft für die politische rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen, revolutionären Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. Wenn ihr Fragen habt, mit uns diskutieren wollt oder bei uns mitarbeiten möchtet, dann meldet euch doch mal!

27.07.-02.08. 2002: XIX. internationales sozialistisches Jugendsommercamp in Brioude/Frankreich-Zentralmassiv, mehr Infos und Anmeldungen unter unserer Kontaktadresse oder unter sommercamp@rsb4.de

Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale (RSB)

**RSB-Hamburg c/o Gerlef Gleiss, Steinwegpassage 6, 20355 Hamburg
hamburg@rsb4.de / <http://www.rsb4.de>**